

# Direkt aus den Parteien

An der zweitägigen letzten Session des Jahres debattiert der Luzerner Kantonsrat noch einmal über das Budget 2026. Dies, weil der Voranschlag vom Parlament in der Oktobersession an die Regierung zurückgewiesen wurde. Seither hat die Exekutive den 5-Milliarden-Etat um 19,6 Millionen Franken oder 0,4 Prozent gekürzt. Während sich Mitte, SVP und FDP damit zufriedengeben und das Budget unverändert durchwinken wollen, werden SP und Grüne Anträge auf die Streichung der vorgenommenen Kürzungen stellen.

Von den Vorstössen zu reden geben werden insbesondere die von der Regierung abgelehnte Senkung der Motorfahrzeugsteuern für Elektrokleinfahrzeuge und die Abschaffung der Überschussabgabe der Gebäudeversicherung Luzern.

Die Sessionen des Kantonsrats an der Bahnhofstrasse 15 in Luzern sind öffentlich (Montag, 1. Dezember, und Dienstag, 2. Dezember, jeweils von 9 bis 12 und 14 bis 18 Uhr). Sie werden auch im Livestream auf [www.lu.ch](http://www.lu.ch) übertragen. (nus)

## Mitte

### Zurückhaltendere Ausgabenpolitik eingeläutet

An der Oktobersession hat der Kantonsrat das Budget 2026 zur Überarbeitung zurückgewiesen und die Regierung beauftragt, das Ausgabenwachstum zu reduzieren. Die Regierung hat in der Zwischenzeit eine Gesamtschau vorgenommen und aus seiner Sicht die vertretbarsten Wachstumsreduktionen umgesetzt.

Der Auftrag ist erfüllt: Statt eines Defizits von 12 Millionen resultiert nun ein Überschuss von 7,6 Millionen Franken. Die geplanten Mehrausgaben im Budgetjahr 2026 wurden von 394 auf 374 Millionen reduziert, bei einem Ausgabentotal

von 4,32 Milliarden. Und statt 234 neuen Vollzeitstellen sind nach der Überarbeitung für 2026 noch 151 vorgesehen – total 5'673 Stellen. Diese überarbeiteten Zahlen sind im Wachstumskanton Luzern vertretbar.

Und doch sind wir angehalten, künftig eine zurückhaltendere Ausgabenpolitik zu fahren. Denn bereits ab 2020 beschleunigte sich der Trend, dass die Kantonsverwaltung ums Mehrfache stärker wächst als der private Sektor, der 2026 um rund 1 bis 1,5 Prozent wachsen dürfte. Bislang ging zwar alles gut. Doch vor dem Hin-

tergrund der geopolitischen und konjunkturellen Grosswetterlage erachten wir diese Entwicklung als zunehmend riskant. Darum waren der Kantonsratsauftrag und die sorgfältige Überarbeitung der Regierung ein wichtiger Schritt. Eine künftige Weiterführung dieser zurückhaltenderen Ausgabenpolitik ist und bleibt der Mitte wichtig.



Daniel Piazza, Malter

## SVP

### Handyfreie Schulen im ganzen Kanton

Vor 13 Jahren hat in Colorado die erste Schule ein striktes Handyverbot erlassen. Mittlerweile ist es auch in Europa angekommen, dass Verhaltensstörungen, verminderte Konzentration und Aufmerksamkeit, abnehmende Sprach- und Lesekompetenz sowie Angst- und Schlafstörungen bei den Lernenden in einem starken Zusammenhang mit dem exzessiven Handykonsum stehen. Laut einer Sotomoumfrage von Ende 2024 sind 82 Prozent für ein Handyverbot an den Schulen. 85 Prozent bei den SVP- und SP-Wählern, 83 Prozent bei den Grünen. Am wenigsten besorgt über den

frühen Handygebrauch sind die GLP-Wählenden mit 75 Prozent Zustimmung.

Die Schwarmintelligenz der Bevölkerung hat erkannt, dass ein früher Smartphonekonsum dem sozialen Zusammenhalt schadet und nicht die Medienkompetenz fördert. In vielen europäischen Ländern gibt es bereits Handyverbote an Schulen. Im Kanton Waadt besteht ein solches seit 2018 und seit diesem Jahr in Nidwalden, Aargau und Wallis.

Gegner argumentieren mit dem Erlernen der Medienkompetenz. Doch diese Meinung

ist oberflächlich, da die Algorithmen darauf ausgelegt sind, die Bildschirmzeit zu maximieren und die Belohnungszentren im unreifen Gehirn suchtartig zu aktivieren. Im Kanton Luzern haben einige Schulen bereits aus eigener Initiative ein Handyverbot erlassen. Doch die SVP wünscht sich vom Kanton ein einheitliches Vorgehen.



Urs Schumacher, Ebikon

## FDP

### Budget 2.0 ist ein Schritt in die richtige Richtung

Die Mehrheit des Luzerner Kantonsrats hat das Budget 2026 in der vergangenen Oktobersession wegen des übermässigen Personal- und Aufwandwachstums zurückgewiesen. Nun liegt die überarbeitete Version vor.

Die FDP anerkennt, dass der Regierungsrat den Auftrag zumindest teilweise erfüllt hat. Auf den Ausbau von 83 Vollzeitstellen wird vorerst verzichtet und das Ausgabenwachstum sinkt um rund 30 Millionen Franken. Statt eines Aufwandüberschusses von 12 Millionen ergibt sich nun ein Ertragsüberschuss von knapp 8 Millionen.

Wichtig ist, festzuhalten, dass diese Anpassungen keine Sparübungen sind. Dies bedeutet, es wird nichts Bisheriges abgebaut, es werden nur neue Mehrausgaben gekürzt. Auch mit dem revidierten Budget wächst der Aufwand des Kantons um rund 280 Millionen Franken. Diese Investitionen stärken Sicherheit, Mobilität, Standortattraktivität und bringen der Luzerner Bevölkerung konkrete Vorteile.

Für die FDP bleibt klar, dass das Wachstum klare Prioritäten braucht. Jeder hart erarbeitete Steuerfranken soll wirksam und nachhaltig eingesetzt wer-

den und der Bevölkerung, die jeden Morgen den Wecker stellt, zugutekommen. Das überarbeitete Budget ist ein Schritt in die richtige Richtung. Dennoch müssen Kantons- und Regierungsrat auch künftig gemeinsam dafür sorgen, dass Aufgaben konsequent priorisiert und die finanziellen Spielräume des Kantons nachhaltig gesichert werden.



Andreas Bärtschi, Altishofen

## SP

### Verantwortungslose Leistungskürzungen verhindern

Unnötige Sparrunde zum Budget 2026: Demokratisch gefällte Parlamentsbeschlüsse werden durch das Powerplay der bürgerlichen Parteien blockiert, wir werden in der Dezembersession nochmals darüber debattieren.

Besonders hart trifft es die Bildung: Der Verzicht auf Entlastung für Berufsschullehrpersonen, die Lernende in belastenden Situationen begleiten, schadet jungen Menschen direkt. Werden Stellen für Digitalisierung und KI-Kompetenzen gestrichen, droht der Kanton den Anschluss zu verlieren und bei der digitalen Trans-

formation weiter zurückzufallen. Das schwächt Innovationskraft, Effizienz und Attraktivität. Gerade jetzt, wo Geld vorhanden ist, sollte sich der Kanton für die digitale Zukunft rüsten. Im Klima- und Umweltbereich setzen Mitte und FDP ihren widersprüchlichen Kurs fort. Die einst genehmigten 24 Millionen für den Klimafonds werden nun auf weniger als 5 Millionen gekürzt – zentrale Projekte zu erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und CO<sub>2</sub>-Reduktion werden ausgebremst. Die SP wird sich nochmals für mehr Mittel in der Psychiatrie einsetzen, um Wartezeiten für Kinder,

Jugendliche und Erwachsene zu verkürzen. Hier erwarten wir eine klare Unterstützung von allen Parteien.

Wir werden uns in der Budgetdebatte entschlossen gegen diesen Leistungsabbau stellen und für einen solidarischen, zukunftsfähigen Kanton mit hoher Lebensqualität für alle kämpfen.



Priska Fleischlin, Geuensee

## Grüne

### Kantonsrat konterkariert seine Entscheidungen

Die Regierung erhielt den ungenau formulierten Auftrag, ein gekürztes Budget vorzulegen. Bei der Beratung am Montag werden die ursprünglichen Auftraggeber wohl kaum diskutieren, sondern das Ergebnis mit der Faust im Sack durchwinken.

Dass die Regierung dabei Vorstösse und Bemerkungen streicht oder nicht umsetzt, die der Kantonsrat klar überwiesen hatte, scheint keine Rolle zu spielen. Es fehlt den Auftraggebern offenbar die Bereitschaft, eigene Vorschläge zu machen. Hauptsache, man kann sich hinter dem

Regierungsentwurf verstecken, Einsparungen vorweisen und muss die politische Verantwortung nicht selbst tragen.

Der Klimafonds ist ein Paradebeispiel. Auch bürgerliche Parteien sprachen sich mehrfach dafür aus und überwiesen Vorstösse. Dass nun nicht einmal mehr 5 Millionen eingestellt werden sollen statt der geforderten 12 Millionen – man nimmt es hin.

Für uns Grüne ist das fatal. Das Muster wiederholt sich: bei der Entlastung von Klassenlehrpersonen an Berufsschulen, beim Umgang mit

den Gemeinden betreffend Standardkosten für Liegenschaften. Auch hier gab es eine Mehrheit für eine Bemerkung, die die Kürzung fürs nächste Jahr aussetzen sollte – auch hier, wenig Gegenwehr.

Das Parlament konterkariert die eigenen Entscheidungen. Ob aus Unfähigkeit oder Unwillen: Beides ist bedenklich.



Fabrizio Misticoni, Sursee

## GLP

### Politik muss selbst verursachte Fehler korrigieren

Die revidierte ökologische Verkehrssteuer ist im Grundsatz richtig, hat aber einen massiven Tolleffekt: Ein elektrischer Zweieinhalb-Tonnen-Bolide mit 500 PS wird mit 135 Franken besteuert, während Besitzende von elektrischen Kleinfahrzeugen, die viermal kleiner und leichter sind, pauschal 165 Franken zahlen. Komplette Absurd.

Die Regierung verteidigt das mit einer zehnjährigen Vergleichsrechnung – völlig realitätsfern, denn Fahrzeuge werden in der Schweiz durchschnittlich fünf Jahre gehalten. E-Autos werden wegen des

schnellen Technologiewandels oft geleast und – zumindest in der heutigen Zeit – nach vier bis sechs Jahren ersetzt.

Entscheidend bei einer derartigen Steuer ist nicht der Kaufpreis des Fahrzeugs, sondern die ökologische Lenkungswirkung. Diese ist nun auf den Kopf gestellt: Wer schwerer, stärker und ressourcenintensiver fährt, wird belohnt. Dass für Micro-lino & Co. keine CO<sub>2</sub>-Daten oder Energieetiketten existieren, stimmt. Gesunder Menschen- oder Maschinenverstand reicht aber, um zu erkennen, dass ein Kleinst-

wagen ökologischer ist als ein tonnenschwerer Grand Tourer.

Die GLP fordert mit meinem Vorstoss eine Anpassung der Verordnung betreffend Verkehrssteuer, die nachhaltige Mobilität belohnt – und eine Politik, die sich nicht zu schade ist, selbst verursachte und glasklar erkennbare Fehler einzugestehen und zu korrigieren.



Mario Cozzio, Sursee